

Rede von Bruno Kreisky über die europäische Integrationspolitik der Bundesregierung (Wien, 18. Januar 1967) (Wien, 18. Januar 1967)

Legende: Am 18. Januar 1967 kritisiert der ehemalige österreichische Außenminister Bruno Kreisky die Europapolitik der neuen Regierung unter der Leitung von Josef Klaus, Mitglied der Österreichischen Volkspartei (ÖVP).

Quelle: Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich. III.; 42. Sitzung. 18.01.1967. Wien.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_bruno_kreisky_uber_die_europaische_integrationspolitik_der_bundesregierung_wien_18_januar_1967_wien_18_januar_1967-de-dd94f551-9e77-417d-aa85-9cfe8577e63b.html

Publication date: 20/10/2012

Rede von Bruno Kreisky über die europäische Integrationspolitik der Bundesregierung (Wien, 18. Januar 1967)

[...]

Ich bin also der Meinung, daß es kein Malheur war, daß man für den Brückenschlag eingetreten ist, daß es aber ein Malheur ist, daß es zu diesem Brückenschlag, obwohl er technisch möglich und wirtschaftlich vernünftig gewesen wäre, nur deshalb nicht gekommen ist, weil man aus politischen Gründen — und vor allem waren es hier die politischen Vorstellungen eines Mitgliedstaates der EWG — eine solche Annäherung verhindert hat.

Was die besondere österreichische Problematik betrifft, so muß ich mich bei ihr wieder ein bißchen aufhalten und dieser reich facettierten Problematik eine neue Facette hinzufügen. Und da kann ich nicht anders, als die Regierung wegen ihrer Politik und vor allem wegen des Stils ihrer Politik ein bißchen zu kritisieren. Wenn ich sage „ein bisschen“, so drücke ich das sehr euphemistisch aus, ich meine schon, daß sie eine beträchtliche Kritik dafür verdient.

Ich habe schon gesagt, daß man uns nichts über den Besuch des russischen Staatspräsidenten mitgeteilt hat, und so waren wir nur auf die Zeitungsnachrichten oder Informationen aus anderen Quellen angewiesen. Wie hat er sich also für einen österreichischen Zeitungsleser dargestellt? Es kam zu dem ersten Arbeitsgespräch, und die von der Regierung informierten — oder mißinformierten — Blätter haben erklärt, es habe beträchtliche Annäherungen gegeben, und zwar hätte die Sowjetunion eine Annäherung und ein Nahverhältnis Österreichs zur EWG in irgendeiner Form, sagen wir in der Form eines Handelsvertrages, für möglich gehalten, und das wäre doch ein großer Fortschritt. Dann ist aus einem Zufall heraus — bei der Außenpolitik soll man aber auch auf Zufälle aufpassen — der Minister Tončić noch während des Besuches von Podgorny nach Paris gefahren. Wenn es auch wirklich nur ein Zufall war, so können Sie es doch einem Zeitungsleser nicht verübeln, daß er sich Gedanken darüber macht und meint, Tončić sei jetzt schnurstracks nach Paris gefahren, um den französischen Präsidenten indirekt über den Minister Couve de Murville über die Gespräche mit Podgorny zu informieren. So uneben ist ja ein solcher Gedanke nicht, denn es war leider der Stil der Außenpolitik in der Ersten Republik, daß man in den Vorzimmern der Staatskanzleien Italiens und Frankreichs — und wer halt gerade in Mode war — antichambriert hat.

Die Sache wird noch grotesker dadurch, daß der Herr Bundesminister Dr. Tončić in Paris eine Erklärung abgegeben hat, daß es zu einer fundamentalen Haltungsänderung der Sowjetunion zur EWG gekommen ist und daß daraus natürlich auch Schlüsse für die Beziehungen Österreichs zur EWG gezogen werden müssen.

Das alles involviert zwei große, schwere Fehler. Der erste, so scheint es mir, ist der, daß man in einen noch vor sich gehenden Staatsbesuch einen zweiten offiziellen Besuch in ein anderes Land einblendet. Das muß zu Kombinationen und Mißverständnissen führen. Zweitens, daß so der Eindruck entstanden ist — und dieser Eindruck ist meiner Ansicht nach sehr berechtigt —, daß man zu den Franzosen sozusagen um Hilfe gefahren ist.

Man hat ja auch dann öffentlich erklärt, man erwarte sich von den Franzosen eine wesentliche Unterstützung der österreichischen Politik.

Meine Damen und Herren, das ist ein echter Bruch der Kontinuität. Es ist nämlich, seitdem wir den Staatsvertrag bekommen haben, so gewesen, daß die österreichische Außenpolitik in Wien gemacht wurde — allerdings unter Bedachtnahme auf das Mögliche —, daß wir aber niemanden, keine Großmacht um irgendeine Intervention in irgendeiner Frage gebeten haben. Wir wollten unseren eigenen neutralitätspolitischen Stil entwickeln und nicht den Eindruck erwecken, daß wir ein halbsouveräner Staat wären, daß wir unsere eigene Außenpolitik ständig unter irgendein unsichtbares Kuratel stellen. Es mußte also dieser Eindruck entstehen, und ich persönlich glaube auch, daß er mit Recht entstanden ist und daß es auch hier — so wie in der Südtirolpolitik — keine Kontinuität in der Außenpolitik mehr gibt.

Der zweite große Fehler, wenn ich so sagen darf, war der, daß man durch diese hastige Betriebsamkeit den

russischen Staatspräsidenten noch während seines Aufenthaltes in Österreich zu einer so harten Erklärung veranlaßt hat, wie es sie in der Vergangenheit noch nicht gegeben hat, und das in aller Öffentlichkeit. Und wer weiß, wie prestigebedürftig Großmächte sind, der wird mir recht geben, wenn ich sage, daß es für eine Großmacht viel schwieriger ist, von einer Erklärung, die sie einmal in einer solchen Form und von so prominenter Seite abgegeben hat, wegzukommen, als das bei einem kleineren Staat etwa der Fall wäre.

Ich glaube, daß es ein großer Fehler war, sich dieser Mißinformation der Presse schuldig zu machen, daß es, um auf jeden Fall optimistisch erscheinen zu wollen und einen Erfolg um jeden Preis herauszuquetschen, falsch war, Paris in die Dinge hineinzuziehen, denn damit macht man natürlich auch Paris zum Richter über unsere Politik in dieser Frage. Ich glaube, daß es falsch war, den sowjetischen Staatspräsidenten zu einer solchen Erklärung zu provozieren, und daß es besser gewesen wäre, wenn man schon in den Arbeitsbesprechungen keine so erfreuliche und zufriedenstellende Antwort bekommen hat, daß man das schweigend übergeht, um für sich selber festzustellen, daß sich in der sowjetischen Haltung nichts Wesentliches geändert hat. Ich glaube also nochmals sagen zu müssen, daß es hier keine Kontinuität in der Praxis mehr gibt.

So möchte ich abschließend noch ganz kurz auf die Osteuropapolitik der Bundesregierung — auch das fällt in den Bericht über die Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten hinein — zu sprechen kommen, denn hier, so scheint es, gäbe es doch die Kontinuität. Die gibt es zur offiziellen Politik der seinerzeitigen Koalitionsregierung. Was es aber nicht gibt, ist die Kontinuität zur Haltung der Österreichischen Volkspartei. Denn ein Ihnen sehr nahe stehendes Blatt hat seinerzeit geschrieben: „Dr. Bruno Kreisky entwickelt sich mehr und mehr zu einem Vorbeter sowjetrussischer Thesen. Genaugenommen müßten längst alle Kirchenglocken des Landes Sturm läuten, so gefährlich kann sich Kreiskys Spiel mit dem Feuer für Österreichs Zukunft auswirken.“

Wenige Jahre später haben sich praktisch alle demokratischen Staaten, jetzt auch die Bundesrepublik auf dieses „Spiel mit dem Feuer“ eingelassen — auch die Österreichische Volkspartei! Der Herr Bundeskanzler hat in der feierlichsten Weise diese Politik der Normalisierung mit unseren Nachbarstaaten bejaht und vertreten.

Aber heute muß ich vor Illusionen warnen. Sosehr wir für eine Normalisierung eingetreten sind, sosehr wir der Meinung sind, daß wir im wirtschaftlichen Bereich ein hohes Maß an Zusammenarbeit entwickeln sollen, weil wir es auch brauchen, sosehr wir der Meinung sind, daß es im echt kulturellen Bereich unbegrenzte Möglichkeiten gibt und geben soll — ich wiederhole: im echt kulturellen und nicht im quasi kulturellen Bereich —, so möchte ich davor warnen, daß man zu der Auffassung kommt, es gebe hier auch weitgehende politische Zusammenarbeitsmöglichkeiten.

Ich habe von verschiedenen Seiten — schließlich hat ein ehemaliger Außenminister ja nicht in dem Augenblick, in dem er das Amt verläßt, aufgehört, mit anderen Leuten, die in der Außenpolitik, die im Ausland etwas zu reden haben, zusammenzukommen und der Segnungen des Weltpostvereines weiterhin teilhaftig zu bleiben — gehört, daß sich die Österreicher bei diesem „Neunerklub“ nicht zu sehr engagieren sollen — ich habe das von Ost und West gehört —, weil hier Illusionen über ein Maß an Zusammenarbeit im politischen Bereich entstehen könnten, für das die Zeit noch nicht reif ist. Will man eine echte Normalisierung mit den kommunistischen Staaten erreichen — und das müssen wir, „wir liegen dort, wo wir liegen“ —, soll man schon aus diesem Grund die Grenzen der Möglichkeiten erkennen, sie sich selbst ziehen und sich nicht Illusionen über das machen, was auf diesem Gebiet möglich ist.

Vor allem aber — und davor möchte ich besonders warnen — soll man nicht einer Art Kreuzzugsideologie in versteckter Form huldigen und nicht glauben, daß man mit dieser Politik die europäischen kommunistischen Staaten von der Sowjetunion loslösen könnte. Das wäre eine Naivität, die Absicht würde man auf allen Seiten erkennen, und man wäre begreiflicherweise verstimmt.

Ich glaube also, daß wir in diesen Fragen mit großer Vorsicht ans Werk gehen sollen. Wir haben hier ein hohes Maß an Verantwortung zu tragen; denn wir waren die ersten, die diesen Weg gegangen sind. Wir sollen nicht im Übereifer einen Weg zu gehen versuchen, der in eine Sackgasse münden muß.

Lassen Sie mich also sagen: Die Sozialistische Partei bedauert es zutiefst, daß es bis heute nicht möglich war, in den entscheidenden Fragen der österreichischen Außenpolitik zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen. Wir sind der Auffassung, daß sich die Bedeutung und der Erfolg außenpolitischer Bestrebungen für den einzelnen Staatsbürger, sofern er nicht ein besonderes Interesse für außenpolitische Fragen hat, nicht immer in sehr sichtbarer Weise manifestieren. Von einer richtigen Außenpolitik hängt nicht nur die Sicherheit des Staates ab, sondern sie bringt in Friedenszeiten diesem Staat eine Stabilität und Reputation, die es erlaubt, sich begründetem Entwicklungsoptimismus hinzugeben. Wir erleben das ja seit Jahrzehnten am Beispiel der Schweiz und Schwedens. Diese beiden neutralen Kleinstaaten sind ein gutes Beispiel dafür, was einer ruhigen und konsequenten Außenpolitik zu verdanken ist.

Die Innen- und die Außenpolitik bedingen einander wechselseitig. Konzeptlosigkeit, Unordnung und Mißerfolge im Inneren müssen auch in der Außenpolitik ihren Niederschlag finden. Eine verworrene, verschwommene und grundsatzlose Außenpolitik muß rasch ihre Wirkungen in der Innenpolitik zeitigen. Ein trauriges Beispiel hierfür liefert die Geschichte der Ersten Republik. Zwischen den beiden Weltkriegen haben wir erlebt, wie Österreich durch seine Außen- und seine Innenpolitik zum „kranken Mann“ Europas wurde.

Deshalb wird die Sozialistische Partei auch in Zukunft die Außenpolitik der Regierung aufmerksamst und wachsam beobachten, die Regierung, zu der wir in Opposition stehen, wegen ihrer Fehler hart kritisieren, gleichzeitig aber unsere Bereitschaft zu einer Verständigung über wichtige Fragen der Außenpolitik erklären. Denn es ist schon einmal von uns gesagt worden: Wir befinden uns in Opposition zur Regierung, aber nicht in Opposition zur Republik Österreich!

(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)